

Argumente statt Schattenboxen

Was tatsächlich zu Abrüstung & Friedenspolitik im Entwurf des LINKEN Bundestagswahlprogramms steht

| Behauptung/Kritik in der JW | Wortlaut des Entwurf-Textes | Anmerkung |
|---|--|---|
| <p>„In der Frage des Verhältnisses zu Russland und den USA wird im Entwurf eine bisher von den Parteitagen der Linken stets zurückgewiesene Äquidistanz etabliert. Die brandgefährliche Einkreisungs- und Konfrontationspolitik der USA und der NATO gegenüber Russland wie auch gegenüber der Volksrepublik China und die damit verbundene Hochrüstungspolitik wird nicht grundlegend problematisiert. (...) Schlimmer kann man die globale Konfliktlage kaum verharmlosen. (...) Diese Eskalationspolitik der USA, die die Bundesregierung freundlich begleitet, ist kein Thema.“</p> | <p>„Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Doch die Bundesregierung setzt weiter auf die einseitige Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen in der Standortkonkurrenz. Das zementiert die weltweite Ungleichheit und schwächt ausge-rechnet in Zeiten der Klimakatastrophe Formen und Foren grenzübergreifender Kooperation. Internationalen Beziehungen sind – oder waren mit Trump – auf Eis gelegt. Die USA und die EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und China zu verteidigen. Längst ist daraus ein neuer Kalter Krieg geworden, der eskalieren kann. Aber Bundesregierung und EU rüsten auf – und verschärfen so die Konflikte. Wir wollen dagegen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.“</p> | <p>Falsch. Von einer Äquidistanz kann keine Rede sein, die Eskalation und Aufrüstung seitens USA und EU, um ihre Vormachtstellung zu behaupten, wird vielmehr besonders benannt. Die Kritikerinnen zielen aber offenbar selbst auf eine klare Parteinahme (auf Seiten Russlands und Chinas). Das ist kein Beitrag zu einer antimilitaristischen Position und eher der alten Freund-Feind-Logik des Kalten Krieges ähnlich, als einer konsequenten Friedenspolitik im 21. Jahrhundert.</p> |

| | | |
|--|--|---|
| <p>„Von der einstigen Ablehnung der Militarisierung der EU keine Spur, Aufrüstung als Ziel wird nicht abgelehnt, es sollen lediglich weniger finanzielle Mittel in Rüstungsprojekte und Militär der EU fließen.“</p> | <p>„Auf die Krisen reagiert die EU ausgerechnet mit Aufrüstung. Wirtschaftliche Entwicklung wird als Rüstungsförderung betrieben. Diktatoren sind Geschäftspartner bei Rüstungsdeals und werden zu Stabilitätsankern verklärt. Der Ausbau einer »Militärunion«, die Schaffung einer zusätzlichen europäischen Armee und Rüstungsexporte, führen aber nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen. Die sogenannte "Ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit" (engl. kurz: PE-SCO) soll dafür sorgen, dass Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, während es einen enormen Mangel an Rüstungskontrolle und zivilem Konfliktmanagement gibt. Die beteiligten Staaten werden zur ständigen Steigerung der Verteidigungshaushalte und Rüstungsinvestitionen, einer Beteiligung an Rüstungs Großprojekten und der Aufstellung europäischer Truppenverbände verpflichtet. Wir wollen ein friedliches Europa und eine Union der Abrüstung, die Demokratie fördert, statt mit Diktatoren Geschäfte zu machen. Wir treten für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung der EU beenden.“ Die Autorinnen scheinen das ganze Teilkapitel „Europäische Entspannungspolitik statt Aufrüstung“ nicht gelesen zu haben.</p> | <p>Falsch. Der Vorwurf entbehrt jeder Grundlage. „Die Militarisierung der EU“ soll ausdrücklich „beendet“ werden.</p> |
|--|--|---|

„Die Absage an Rüstungsexporte wird auf die lange Bank geschoben: »Perspektivisch wollen wir alle Rüstungsexporte aus Deutschland einstellen«, wird formuliert.

„Wir wollen Waffenexporte verbieten. (...) Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Stopp aller Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten. Wir wollen den Export von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten, da der Endverbleib nicht kontrolliert werden kann und immer wieder umgangen wurde. Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften. Perspektivisch wollen wir alle Rüstungsexporte aus Deutschland einstellen.“

" Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und *setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein.*"

„Deutschland ist die Nummer vier unter den weltweit führenden Ländern im Bereich von Rüstungsproduktion und -export. Laut ihren Rüstungsexportrichtlinien will die Bundesregierung Lieferungen in Staaten außerhalb von EU und NATO restriktiv handhaben. 2020 wurden milliardenschwere Ausfuhren in besonders konfliktreiche Regionen genehmigt. Über Tochterfirmen umgehen Unternehmen wie Rheinmetall oder Thyssen-Krupp die Ausfuhrbeschränkungen, indem sie zum Beispiel die Produktion von Munition in Länder verlagern, in denen weniger Exportkontrollen gelten, um dann an kriegsführende Länder zu liefern. **Wir fordern einen Stopp von Rüstungsexporten**, sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle.“

„Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften.“

Hier wird sinnetstellend zitiert: Die LINKE will Waffenexporte generell verbieten – das ergibt sich aus dem Zusammenhang und wird an anderer Stelle genau so gesagt. An dieser Stelle wird die Forderung - wie im Bundestagswahlprogramm 2017 - operationalisiert in Sofortmaßnahmen („Stopp aller Exporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten“) und mittelfristig Ziele („Einstellung aller Rüstungsexporte“). Das kann man kritisieren, eine Absage an die Forderung nach Stopp aller Rüstungsexporten ergibt sich daraus nicht - zumal es diese Operationalisierung im Wahlprogramm 2017 auch gab: "Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten." <https://archiv-wahlen.die-linke.de/bundestagswahl-2017/wahlprogramm/xv-nein-zum-krieg-fuer-eine-demokratische-und-gerechte-welt-1/>

| | | |
|---|--|---|
| <p>„Auch die Linke-Forderung nach Schließung der Drohnenmordzentrale Ramstein und aller anderen US-Basen in Deutschland ist verschwunden“</p> | <p>„Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-Armee wollen wir endlich stoppen. Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden!“</p> | <p>Teilweise falsch: „Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der US-Basis Rammstein“ zu stoppen bedeutet ihre Schließung als Drohnenmordzentrale. Was sonst? Forderung nach Schließung aller US-Basen steht hingegen tatsächlich nicht im Entwurf, 2017 hieß es: „Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Entsprechende Verträge, auch mit den USA im Rahmen von Aufenthaltsvertrag und dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, werden gekündigt“. Das könnte man problemlos ergänzen.</p> |
|---|--|---|

„Im Programmentwurf der Linken {findet sich mit dem Fonds zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren} selbst ein Angriff auf UN-Charta und Völkerrecht (...). Was auf den ersten Blick nach einem Mittel internationaler Solidarität klingt, wird sich in der Realität einer Regierung eines imperialistischen Staates als Fonds für den Sturz missliebiger Regierungen weltweit nach dem Vorbild entsprechender Fonds in den USA erweisen. Während in Deutschland klar geregelt ist, dass Parteien keine Spenden über 1.000 Euro von Geldgebern außerhalb der EU annehmen dürfen, wollen die scheidenden Parteivorsitzenden eben dieses Recht für die Bundesregierung weltweit etablieren.“

„Für Frieden und Stabilität brauchen wir in der internationalen Politik ein verbindliches Regelwerk, das immer gilt. Unsere Basis hierfür ist das Völkerrecht. (...) Menschenrechte sind universell und verpflichten zu politischem Handeln. Alle Menschenrechte sind für uns gleich wichtig: soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische. Dem Bruch von Menschenrechten kritisieren wir als LINKE überall. Den doppelten Standards der Bundesregierung stellen wir uns entgegen. Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür muss die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden. Frieden ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte und umfassende menschliche Entwicklung. Wir wollen, dass im Völkerrecht das Recht auf Frieden verankert wird. Menschenrechte dürfen nicht zur Kriegsführung instrumentalisiert werden. (...) Wir wollen Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Dazu werden wir einen Fonds auflegen zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich weltweit für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen, ihn wollen wir mit substanziellen finanziellen Mitteln ausstatten.“

Falsch: 1. An keiner Stelle ist die Rede von der Finanzierung parteipolitischer Akteure. „Zivilgesellschaft umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Dazu gehören Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind.“ (Wikipedia) 2. Aus dem Zusammenhang des Textes ergibt sich, dass gemeint ist, dass EU und BRD nicht weiterhin mit ihren verbündeten Diktaturen Geschäfte machen sollen, sondern **wir lieber die Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen dort unterstützen wollen**. Das etabliert kein neues „Recht“, sondern bedeutet schlicht eine Umwidmung von Ressourcen - weg von Militarisierung und Großmachtpolitik hin zur Stärkung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Man könnte hier aber noch ergänzen: „Akteure, die sich weltweit UND INSBESONDERE IN NATO-STAA- TEN UND IHREN VERBÜNDETEN WIE SAUDI-ARABIEN, ÄGYPTEN UND MAROKKO für Demokratie... An anderer Stelle werden schon „Saudi-Arabien, Marokko, Türkei, Sudan und Ägypten“ thematisiert.

„Die USA und Russland haben jeweils noch circa 6.000 Atomwaffen, China 300 – die chinesische Position, die atomaren Supermächte sollten erst einmal selbst abrüsten, bevor die Volksrepublik ihrerseits in die Pflicht genommen werde, ist zumindest nachvollziehbar. Die im Wahlprogramm aufgebrachte Forderung dagegen deckt sich eins zu eins mit der Trump-Position und verkehrt die Kräfteverhältnisse. Trump hatte ja immer eine Einbeziehung Chinas gefordert und so den Ausstieg der USA begründet. Neokonservative Positionen aus den USA sind allerdings schlecht dazu geeignet, als Stichwortgeber linker Abrüstungspolitik zu dienen“

„Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die Bundesregierung hat ihn nicht unterzeichnet. Doch das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist noch fern. In Deutschland lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO noch immer Atomwaffen. Die Bundeswehr stellt dafür Kampfflugzeuge bereit, die diese Waffen transportieren können, die Bundesregierung plant sogar deren Aufrüstung. DIE LINKE steht dagegen für eine atomwaffenfreie Welt: Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen. Atomwaffen raus aus Deutschland. Nukleare Teilhabe beenden. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Es dürfen keine weiteren Atomwaffen in Deutschland stationiert werden. Die Bundesregierung darf keine Trägersysteme und Pilot*innen dafür bereitstellen. (...) die Bundesregierung {muss} die weltweite Ächtung von Atomwaffen vorantreiben. Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass die Verhandlung über das Atomabkommen mit dem Iran wieder aufgenommen wird, dass die USA diesem wieder beitreten, und alle Beteiligten sich zur Einhaltung verpflichten. Deutschland soll sich für einen Vertrag zur Ächtung von Mittelstreckenraketen einsetzen, der die USA, China und Russland mit einbezieht.“

Falsch. Der Entwurf des Bundestagswahlprogramms spricht zwar nicht über die Größe der internationalen Nuklear-Arsenale, dafür aber sehr konkret über die nötigen und möglichen Abrüstungsschritte in Deutschland - und erfordert atomare Abrüstung, insbesondere mit Bezug auf US-Atomwaffen. Die Behauptung, hiermit werde die Position der Trump-Regierung vertreten ist schlicht unwahr. Trump wollte den Einsatz von Kernwaffen erleichtern, neue Sprengköpfe entwickeln und sprach über eine Verzehnfachung des US-Atomarsenals (auf 50.000 Sprengköpfe).

"Es braucht eine klare Maßgabe, dass Die Linke sich an keiner Regierung beteiligen wird, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt und die Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht ausnahmslos beendet"

„An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, werden wir uns nicht beteiligen. Wir stehen als Partei des Völkerrechts für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und einen solidarischen Multilateralismus (...). Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik. Wir wollen die nukleare Teilhabe Deutschlands beenden und fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag der UN zu unterzeichnen. Die Ausgaben für Rüstung senken. Das von der NATO ausgegebene Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Staatshaushalt für Verteidigung vorzuhalten, lehnen wir ab.“

„Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme investieren.“

„Wir wollen dagegen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.“

Kein Dissens. Erster Satz der Formulierung im Entwurfstext ist wörtlich die „Haltelinie“ aus dem Erfurter Programm, die Frage der Aufrüstung wird im Folgenden (und in der Überschrift des ganzen Absatz...) deutlich beantwortet: Die Ausgaben für Rüstung senken; die Mittel für Auslandseinsätze umwidmen in Friedenssicherung und zivile Aufbauprojekte.

Die Formulierung der Haltelinie war explizit beabsichtigt, an deren Gültigkeit ändert sich nichts. Wenn es hilft, die Formulierung zu ergänzen, entspricht das Intention des Textes: „an einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, *die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt*“ ...werden wir uns nicht beteiligen.

| | | |
|--|---|--|
| <p>„Die Linke muss festhalten, dass Embargo und Blockade Krieg mit anderen Mitteln sind. Und angesichts der Pandemie muss sie auf ein Ende der Wirtschaftskriege drängen.“</p> | <p>„Geopolitischen Rivalitäten und Wirtschaftskriege nehmen zu, wir setzen wir auf Entspannungspolitik und gerechte Weltwirtschaftsstrukturen. DIE LINKE steht für Entspannungspolitik und für multilaterale Zusammenarbeit ein. (...) Handelskonflikte beenden! Handelskonflikte wie jene zwischen den USA und China bzw. der EU haben wirtschaftliche und soziale Schäden angerichtet und die Standortkonkurrenz verschärft. Handelspolitik darf nicht mehr zur politischen Erpressung benutzt werden. (...) Wirtschafts-sanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung und müssen beendet werden.“</p> | <p>Kein inhaltlicher Dissens</p> |
| <p>„Wir brauchen eine Politik der Entspannung gegenüber Russland, keine weitere Eskalation und NATO-Truppenaufmärsche an dessen Westgrenze. Das ist eine der großen Lehren und Verpflichtung aus dem Zweiten Weltkrieg.“</p> | <p>„Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und so agiert sie auch heute noch. Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Konfrontation ist keine Grundlage für Sicherheit. Auch der "Krieg gegen den Terror" der NATO-Staaten hat keine Sicherheit geschaffen – im Gegenteil. Zeit endlich umzusteuern. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.“</p> <p>Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.</p> <p>Eine Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Kriegseinsätzen lehnen wir ab.</p> | <p>Kein inhaltlicher Dissens. Entwurf-Formulierung zur Auflösung der NATO ist identisch mit Erfurter Programm, auch dass die BW dem Oberkommando der Nato entzogen werden soll. Die Nato-Truppenaufmärsche könnte man noch ergänzen.</p> |

| | | |
|---|--|----------------------|
| | <p>Auf dem NATO-Stützpunkt Ramstein wird derzeit ein Welt- raumcenter der NATO aufgebaut. Damit sollen nicht nur Satelliten verteidigt werden, die für unser Alltagsleben unentbehrlich ge- worden sind, sondern die militäri- sche Handlungs- und Angriffsfä- higkeit abgesichert werden. Die scheinbar passive Komponente der "Verteidigung im Weltall" hat einen offensiven Hintergrund. DIE LINKE lehnt die Militarisierung des Alls ab.</p> | |
| <p>„Die Linke wird gebraucht als ver- lässlicher Bündnispartner der Friedensbewegung im Deutschen Bundestag und progressiver Kräfte international.“</p> | <p>„DIE LINKE ist die Friedenspartei und verlässliche Stimme der Frie- densbewegung im Bundestag.“</p> | <p>Kein Dissens.</p> |

„Der Kipping-Riexinger-Entwurf will eine andere Partei und zielt auf eine Relativierung der friedenspolitischen Positionen. Wenn sich dies durchsetzen würde, wäre dies verheerend auch für Die Linke selbst. Alle diejenigen, denen die Existenz einer friedenspolitisch klar profilierten Linken nicht gleichgültig ist, sind aufgerufen, sich dieser Entkernung der Linken entgegenzustellen“

Einschätzung der TAZ zum Entwurf: „Treu bleibt sich die Linkspartei in der Friedenspolitik. So fordert sie als einzige im Bundestag vertretene Partei eine deutliche Reduzierung des deutschen Militäretats und lehnt auch weiterhin Rüstungsexporte, bewaffnete Drohnen und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland ab.“
<https://taz.de/Wahlprogrammen-entwurf-der-Linkspartei/!5746624/>

Falsch: Der Entwurf der Vorsitzenden steht auf der Grundlage des Erfurter Programms. Das spiegelt sich insbesondere in der öffentlichen Rezeption des Wahlprogrammentwurfs: Während Medien wie TAZ und das Redaktion Netzwerk Deutschland keine Verschiebung der außen- und friedenspolitischen Positionen erkennen konnten (was teilweise bedauert wurde), inszenieren Sevim Dagdelen und Ulla Jelpke einen Skandal, wo keiner ist. Die Intervention scheint eher mit Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Interesse zu tun zu haben.

Einschätzung RND:
 Für Debatten dürfte sorgen, dass der Entwurf des Wahlprogramms neben der Ablehnung von Rüstungsexporten und steigenden Rüstungsausgaben die Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr beinhaltet – also nicht nur von Kampfeinsätzen, sondern auch von friedenserhaltenden Missionen unter dem Dach der Vereinten Nationen. Riexinger bekräftigte dies auf Nachfrage mit den Worten: „Wir sind grundlegend gegen Militäreinsätze der Bundeswehr. Sie dienen nicht der Herstellung von Frieden und Demokratie. (...) Ein kategorisches Nein zu Bundeswehr-Einsätzen im Ausland würde ein von Teilen der Linken gewünschtes rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene unmöglich machen“
<https://www.rnd.de/politik/wahlprogramm-2021-die-linke-will-hohere-sozialleistungen-und-debattiert-um-auslandseinsatze-Y232GJLWPBC5XDUPR2E2G652PI.html>

11.2.2021 S&G

| | | |
|--|--|--|
| <p>{Es fehlt auch} ein Bekenntnis zur Solidarität mit dem sozialistischen Kuba und dem bedrängten Venezuela.</p> | | <p>Die Frage ist, ob das Gegenstand von einem Wahlprogramm sein soll. Die Kuba-Solidaritätsarbeit ist in der Partei fest verankert. Stellungnahmen zu politischen Entwicklungen anderer Länder wie zB die Wahlen in Venezuela sind sinnvoller in Form von Positionspapieren des PV, der Internationalen Kommission oder von Parteitag.</p> |
|--|--|--|

Die Zusammenstellung zeigt, wie viel zielführender und für die parteiinterne Debatte förderlicher es wäre, die Diskussionen in den vorgesehenen Bahnen zu führen, statt in der Presse.

Die Foren für die inhaltliche Diskussion und Möglichkeit zur Anmeldung finden sich hier:

<https://www.die-linke.de/wahlen/das-linke-wahlprogramm-diskutieren/>